



**BUNDESGESELLSCHAFT
FÜR ENDLAGERUNG**



BUNDESGESELLSCHAFT FÜR ENDLAGERUNG

BGE-Fachworkshop zum Standortauswahlverfahren

Erörterung diverser Herausforderungen des Standortauswahlverfahrens für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle mit dem Öko-Institut.

BGE-Fachworkshop zum Standortauswahlverfahren Peine | 28.05.2018

- a) Wahrung der Auswertungshoheit der BGE mbH im Zuge der Anwendung von Kriterien und Anforderungen auf Basis der von den zuständigen Bundes- und Landesbehörden gelieferten Geodaten, Modelle und Informationen (auch im Hinblick der Wahrnehmung der Öffentlichkeit).
- b) Umgang mit Gebieten, deren Eignung im Zuge der Anwendung der Kriterien und Anforderungen aufgrund fehlender oder nicht geeigneter Geodaten und Information nicht bewertet werden kann.
- c) Überlegungen zum Umgang mit Flächenbedarf und Temperaturkriterium aufgrund der technischen Anforderungen eines Endlagers im Hinblick auf die Anwendung der Mindestanforderungen und geowissenschaftlichen Abwägungskriterien

Veranlassung, Grundsätze und Vereinbarungen (Vorschlag)



BUNDESGESELLSCHAFT
FÜR ENDLAGERUNG

- Veranlassung des Workshops durch die GF der BGE
- Die Ergebnisse des Workshops werden durch einen Ergebnisbericht veröffentlicht. Hierzu kann die vorliegende Präsentation als Ausgangspunkt dienen.
- Unterschiedliche Positionen werden mit den zugehörigen Argumenten wiedergegeben. Fehlen diese, so handelt es sich um ein konsensuale Position / Ergebnis.

- I. Begrüßung
- II. Ziele des Workshops
- III. Kurze Darstellung bisheriger Arbeiten und Planungen
- IV. Wahrung der Auswertungshoheit der BGE mbH
 - a. Kurzer Abriss zu den Datenabfragen und –lieferungen
 - b. Diskussion
 - c. Zusammenfassung der Ergebnisse
- V. Nachvollziehbarkeit der Verfahrensweisen für Gebiete, deren Eignung nicht feststellbar ist
 - a. Bisherige Überlegungen und offene Fragestellungen
 - b. Diskussion
 - c. Zusammenfassung der Ergebnisse



Kurze Darstellung der bisherigen Arbeiten und Planungen

Bisherige Ergebnisse und Planungen (Auszug)

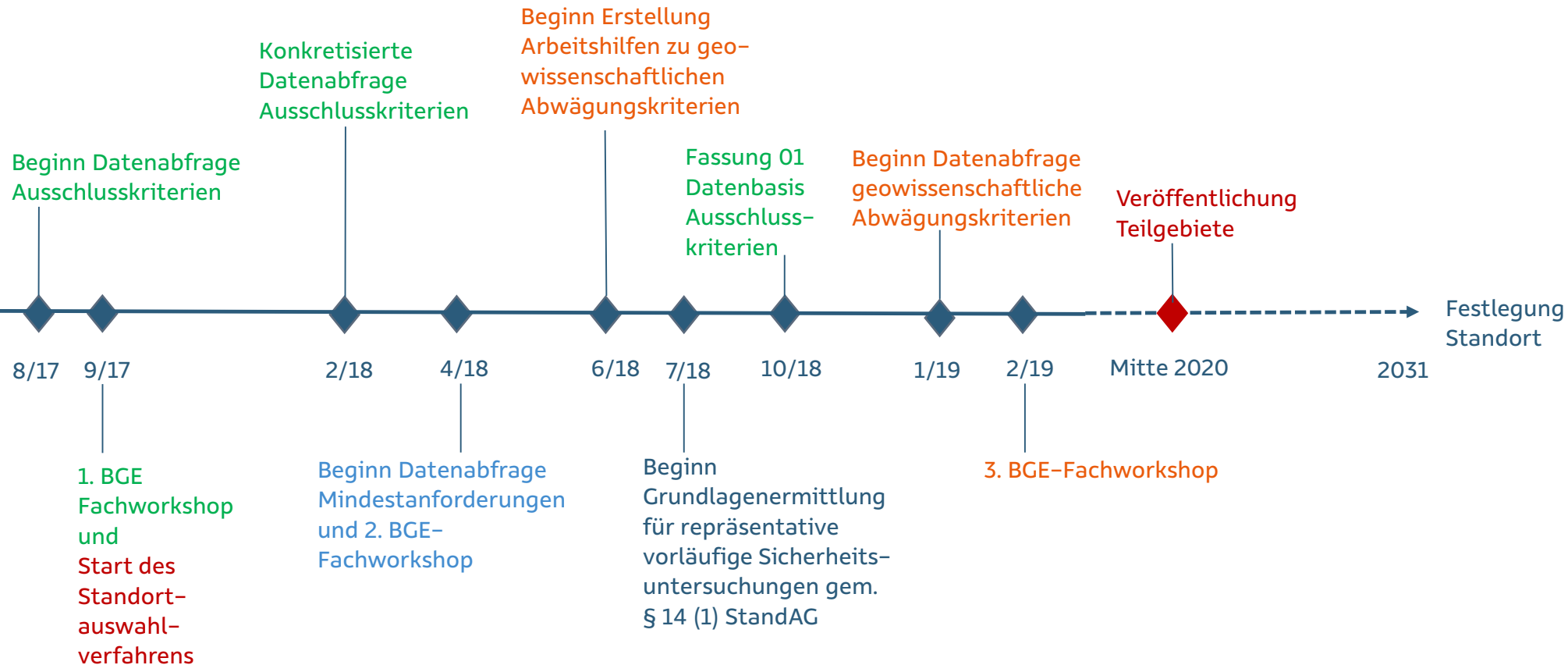


* Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Grundlagen für repräsentative vorläufige Sicherheitsuntersuchungen und für die sicherheitsgerichtete Abwägung von Teilgebieten“

Administration und Organisation

- 05.2017: Klärung der Grundlage zur Zusammenarbeit mit BGR
- 06.2017: Gründung der AG Standortauswahl.
- 07.2017: Fachkonzept, Personalentwicklungskonzept und Bestimmung des IT Bedarfs
- 08.2017: Abschluss Projektablaufplan (Revision 1)
- 09.2017: Abschluss der Vorbereitung Stellenausschreibung (1. Welle)
- 11.2017: Abschluss der Vorbereitung zur Ausschreibung des GIS
- 03.2018: Abschluss der Formulierung und Beauftragung „RESUS*“
- 04.2018: Abschluss Stellenbesetzungsverfahren (1. Welle) und Abschluss der Vorbereitung Stellenausschreibung (2. Welle)
- 07.2018: Abschluss Stellenbesetzungsverfahren (2. Welle) und Abschluss der Vorbereitung Stellenausschreibung (3. Welle)
- 08.2018: Besetzung der ersten Führungsebene. Formulierung Aufbauorganisation. Anpassung Ablauforganisation und Vorbereitung der Besetzung weiterer Führungsebenen

Bisherige Ergebnisse und Planungen (wesentliche Meilensteine)



Kurzer Abriss zu den Datenabfragen und Datenlieferungen

Übersicht Stand zur Datenlieferung „Ausschlusskriterien“



- Vulkanismus: in Fälle von unkonkreten Antworten durch die Länder: Bewertung durch die BGE auf Basis der vorhandenen Daten/Datenlieferungen vorgesehen.
- Gestuftes Vorgehen intern festlegen: Z.B. ist es unter arbeitsökonomischen Fragen sinnvoll und notwendig, mit viel Aufwand die Grenze eines Vulkangebietes sehr genau festzulegen, wenn angrenzende Gebiete ohnehin aufgrund anderer Kriterien ungünstig oder auszuschließen sind?

Wir sehen die Auswertungshoheit der BGE mbH als gegeben an, weil:

- Zusätzlich zu Primärdaten werden überwiegend interpretierte geowissenschaftliche Daten herangezogen (z.B. geotektonischer Atlas). Damit wird die darin enthaltene regionalgeologische Expertise genutzt.
- Können notwendige Interpretationen und Prognosen von den Behörden nicht geliefert werden, sind diese von der BGE mbH zu erarbeiten.
- Die Anwendung der Kriterien und Anforderungen auf Basis vorliegender Geodaten, Interpretationen und Prognosen erfolgt ausschließlich durch die BGE mbH.
- Die Behörden sind nur für die Auswahl, Vollständigkeit und Richtigkeit der von der BGE angefragten Daten zuständig. Einige der Landesbehörden machen Einschränkungen zur Vollständigkeit der übermittelten Daten („analoge Daten“).



Nachvollziehbarkeit der Verfahrensweisen für Gebiete, deren Eignung nicht feststellbar ist

Nachvollziehbarkeit der Verfahrensweisen für Gebiete, deren Eignung nicht feststellbar ist

Bisherige Überlegungen und offene Fragestellungen

- ... es ist stets ein konservativerer Ansatz zu wählen ...
- ... in Abhängigkeit vom Wirtsgesteinsvorkommen ...
- ... bis zum Abschluss der Phase III (§ 18 StandAG) nachweislich zu klären (untertägige Erkundung) ...



Zusammenfassung der Diskussionsergebnisse

- Außenwirkung bezüglich der Tätigkeiten der BGE ist derzeit in der Fachwelt kaum wahrnehmbar. (Maßnahmevorschlag: Präsenz auf Fachtagungen) Empfohlen wird eine Darstellung von Methoden, Arbeitsfortschritten und Positionen.
- Eine Position der BGE sollte ebenso die Hemmnisse zur Umsetzung des Standortauswahlverfahrens ausweisen und gegenüber anderen Verfahrensbeteiligten anzeigen.
- Die Bewertungen von Geodaten und übermittelten Informationen werden selbstständig durch die BGE oder im Auftrag der BGE durch Dritte durchgeführt.

zu Punkt b)

Umgang mit Gebieten, deren Eignung im Zuge der Anwendung der Kriterien und Anforderungen aufgrund fehlender oder nicht geeigneter Geodaten und Information nicht bewertet werden kann.

- Beim Umgang mit Gebieten, deren Eignung im Zuge der Anwendung der Kriterien und Anforderungen aufgrund fehlender oder nicht geeigneter Geodaten und Information nicht bewertet werden kann sollte überlegt werden, ob eine Bewertung erst nach vollständiger Erhebung aller notwendigen Geoinformationen zur Erstellung des Zwischenberichtes Teilgebiete nicht sinnvoller ist.
- Die Anwendung der Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen ist für das gesamte Standortauswahlverfahren gültig. Daher kann die Bewertung von einzelnen Kriterien, zu denen im aktuellen Verfahrenszeitpunkt keine brauchbaren Informationen vorliegen, zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Überlegungen zum Umgang mit Flächenbedarf und Temperaturkriterium aufgrund der technischen Anforderungen eines Endlagers im Hinblick auf die Anwendung der Mindestanforderungen und geowissenschaftlichen Abwägungskriterien

- Es sind kurzfristig Endlagerkonzepte (Endlagerbehälter und Endlagerbergwerk inkl. Infrastruktur einschließlich der technischen Berücksichtigung der Rückholbarkeit) für jedes der drei Wirtsgesteine zu entwickeln. Eine kurzfristige Entwicklung der Grobkonzepte für den Endlagerbehälter ist notwendig. Dabei sollte auch die Frage geklärt werden, ob eine Nutzung von Castoren als Endlagerbehälter möglich ist. Die Entwicklung sollte auf eine handhabbare Anzahl beschränkt werden.
- Der Auswirkung auf die Kriterien und Anforderungen sind zu bewerten (z. B. Flächenbedarf, Temperaturkriterium)

- Vollständigkeit der Daten:
 - Begriffsdefinitionen entwickeln
 - wird die Vollständigkeit definiert durch die (Menge) Geodatenlieferungen der Länder?
 - der Begriff Vollständigkeit ist eng verknüpft mit der Relevanz der Daten im Hinblick auf die Kriterien für die Standortsuche, nicht dagegen mit einer geowissenschaftlich „vollständigen“ Beschreibung



Kontakt

Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE)
Eschenstraße 55
31224 Peine

05171 43-0
poststelle@bge.de
www.bge.de